

# INFORMATIONSVORANSTALTUNG ZUM WHISTLEBLOWING

## Das deutsche Hinweisgeberschutzgesetz im Überblick

Am 16. Dezember 2022 hat der Deutsche Bundestag das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) beschlossen. Die Bestrebungen des Gesetzgebers sollen Hinweisgeber fortan bei der Meldung von Missständen schützen, welche sie im beruflichen Umfeld erfahren. Zur Gewährleistung des Schutzes der Hinweisgeber haben - neben öffentlichen Institutionen - auch Unternehmen der Privatwirtschaft mit mehr als 50 Mitarbeitenden die gesetzliche Pflicht, eine interne Meldestelle einzurichten und zu betreiben.

Das Kurzseminar gibt Ihnen einen Überblick über die gesetzlichen Vorgaben des HinSchG und erläutert Ihnen, wie der Schutz der Hinweisgeber gewährleistet wird und welche Aufgaben und Funktionen die interne Meldestelle hat.

### Zielgruppe

Geschäftsführung von Unternehmen, Justizariat, leitende Angestellte und Interessierte

### Inhalte

- Rechtliche Einführung Hinweisgeberschutzgesetz
- Einrichtung einer internen Meldestelle
- Spannungsfeld Pflichten Arbeitsvertrag vs. Recht auf Whistleblowing
- Repressalienverbot und Beweislastumkehr
- Spannungsfeld Datenschutz und Geheimnisschutz

### Methoden

Vortrag mit 10-15 min Frageteil im Anschluss

### Dozent\*in:

[Manuela Pokern](#)  
(Rechtsanwältin)

### Kosten:

105 EUR

Mitglieder: 74 EUR

### Seminar-Nr:

M-R 23-02-01

**Anmeldung bis:**

25.01.2023

---

| Datum/Uhrzeit                 | Ort | Anmeldung |
|-------------------------------|-----|-----------|
| 01.02.2023      Online        |     |           |
| 10:00 - 11:30 Uhr      Online |     |           |